Ohne Liberalisierung des Strommarkts keine Energiewende

Die Börse bringt das Böse: So argumentieren selbst Bürgerliche, wenn es um den Strommarkt geht. Dabei ist dessen vollständige Liberalisierung dringend nötig. ***Von Christoph Eisenring***

«Unter null», entfährt es einem Wirtschaftskapitän, als man ihn auf die Chancen einer vollständigen Liberalisierung des Strommarktes anspricht. Was eine Energiekrise doch alles auslösen kann! Selbst Wirtschaftsvertreter und bürgerliche Politiker verlieren den Glauben an offene Märkte und unterstützen lieber die Jagd nach Subventionen: Der Bau von Solaranlagen in den Bergen soll mit 60 Prozent subventioniert werden, bei Windanlagen dürfte es bald ähnlich viel Geld geben. So viel zu dem Mantra, erneuerbare Energien seien längst wettbewerbsfähig.

Jetzt, wo die Preise am Strommarkt seit Monaten hoch sind, sucht man die Schuld bei der Liberalisierung. Selbst der sonst staatskritische Gewerbeverband kriecht zu Kreuze. Sein Präsident, Fabio Regazzi, sagte zwar im Oktober an einer Medienkonferenz den Satz: «In der Ordnungspolitik steht im konkreten Fall immer die Eigenverantwortung der Menschen vor dem staatlichen Handeln.» Im «konkreten Fall» des Strommarkts hat Regazzi diesen Grundsatz aber über Bord geworfen. Vielmehr möchte er Betrieben, die sich bewusst für den freien Markt entschieden hatten, ermöglichen, in die regulierte Grundversorgung zurückzukehren, wo die Preise derzeit oft niedriger sind.

Keine Wahl für Konsumenten

Nur gut, dass der Bundesrat solchen Gedankenspielen kürzlich eine Absage erteilt hat. Er sieht im Moment keinen Handlungsbedarf. Die Grossverbraucher im freien Markt haben ein Jahrzehnt lang von äusserst niedrigen Strompreisen profitiert. Doch jetzt, wo die Marktpreise stark gestiegen sind, will man vom freien Markt lieber nichts mehr wissen und wieder in den «geschützten» Bereich wechseln.

Stattdessen müsste man das Gegenteil tun und auch den regulierten Bereich öffnen. Denn in den Diskussionen geht etwas Zentrales vergessen: Das Gros der Konsumenten ist schon heute dem Markt ausgesetzt – nur sagt es ihnen niemand. Die meisten Schweizer Versorger produzieren nämlich kaum eigenen Strom. Vielmehr kaufen sie diesen am Markt ein, oft von einem der drei grossen Produzenten Axpo, Alpiq oder BKW. Die Menschen müssen damit schlucken, was ihnen von ihrem Versorger vorgesetzt wird, ohne selbst eine Wahl zu haben. Das ist die schlechteste aller Welten.

> Künftig ist es vorstellbar, dass sich einzelne Quartiere oder Dorfteile weitgehend selbst versorgen.

Die freie Wahl des Stromversorgers würde auch heissen, dass man verschiedene Optionen hätte. Man könnte sich möglicherweise für einen längerfristigen Vertrag mit einem stabilen Strompreis entscheiden oder für einen Vertrag, bei dem die Preise stärker schwanken, aber im Schnitt günstiger sein sollten. Heute traut man der mündigen Konsumentin schliesslich auch zu, zwischen einer variablen und einer festen Hypothek zu wählen – weshalb sollte das im Stromsektor nicht möglich sein? Auch könnte man in einem liberalisierten Markt etwa selbst bestimmen, ob man mehr Atomstrom oder mehr Solarstrom beziehen möchte.

Die eifrigsten Verfechter der Liberalisierung müssten ohnehin die Fans der Energiewende sein. Wenn immer mehr Sonne und Wind die Stromerzeugung dominieren, gibt es Momente mit extrem hoher Produktion und solche, in denen die Sonne nicht scheint und Windstille herrscht. Es wäre deshalb zum Beispiel wichtig, Autofahrer dazu zu motivieren, ihren Tesla dann aufzuladen, wenn es auch viel Strom hat, also über Mittag, wenn die Sonne scheint.

In der Nacht könnte der Stromversorger dem Elektroauto-Besitzer dann eine Prämie zahlen, wenn dieser aus seiner Batterie Strom ins Netz speist. Das gehe heute nicht oder sei extrem kompliziert, heisst es aus der Branche. Erlaubt sind nur Einzeltarife, die von der Eidgenössischen Elektrizitätskommission kontrolliert werden – ein alter Zopf, der in einem freien Markt nichts mehr zu suchen hat.

Künftig ist es vorstellbar, dass sich einzelne Quartiere oder Dorfteile weitgehend selbst versorgen. Sie haben Solarzellen auf dem Dach und eine Batterie im Keller (oder in der Garage) und tauschen untereinander Strom aus. Es braucht dann Anreize, damit die Haushalte und Firmen vor Ort möglichst viel Strom dann verbrauchen, wenn er im Quartier auch produziert wird. In diesem Fall werden auch die Stromnetze weniger belastet, die zunehmend zum Flaschenhals der Energiewende werden.

Der Konkurrenzdruck fehlt

Das Zürcher Startup Exnaton bietet Software genau für solche Gemeinschaften an. Sie berechnet etwa im 15-Minuten-Takt die Preise für den internen Stromaustausch. Man kann dann die Wärmepumpe oder das Aufladen des Elektroautos auf die Zeiten ausrichten, in denen Mitglieder der Gemeinschaft besonders viel Solarstrom produzieren. Das Gründertrio sagt im Gespräch aber auch, dass in den EU-Ländern mehr ausprobiert werden könne als in der Schweiz. Hierzulande fehle den Stromfirmen der Konkurrenzdruck, womit man ganz auf deren Goodwill angewiesen sei, um ein Projekt zu realisieren. Auch hier zeigt sich somit: Die Regulierung ist zu starr.

Statt sich für freiere Märkte einzusetzen, verteufelt die Politik derzeit lieber die Strombörsen als Überbringer schlechter Nachrichten. Dass es in Europa Spot- und Terminmärkte gibt, an denen für jedes Land Strom gehandelt wird, ist jedoch ein grosser Fortschritt. Nicht zuletzt zeigen die Preise an den Strombörsen an, wann es diesen Winter besonders brenzlig wird.

Die derzeit immer noch hohen Börsenpreise lösen zweierlei Reaktionen aus: Zum einen sparen energieintensive Industrien Strom, zuweilen drosseln sie sogar ihre Produktion. Wenn wir ohne Blackout durch den Winter kommen, dann auch dank solchen Anstrengungen. Zum anderen lohnt es sich für Investoren, aber auch Firmen und Haushalte, bei hohen Preisen Geld in die Stromproduktion zu stecken – und so auch in der Schweiz die Versorgungssicherheit zu verbessern.

Jahrelang waren die (Börsen-)Preise für Strom sehr niedrig gewesen. Der hoch subventionierte deutsche Wind- und Solarstrom hatte den Markt verfälscht. Schweizer Wasserkraft war unter diesen Bedingungen nicht rentabel, niemand investierte mehr. Jetzt, wo die Terminmärkte signalisieren, dass sich Investitionen lohnen, ist es aber auch wieder nicht recht. Den Stromkonzernen wirft man vor, sie würden «Übergewinne» machen – bevor sie überhaupt realisiert sind. So schafft man keine stabilen Rahmenbedingungen, die es braucht, damit ein Stromunternehmen für 20, 50 oder gar 80 Jahre viel Kapital in Projekten bindet.

Eine weitere Forderung aus der Küche der Parlamentarier lautet, dass die grossen Schweizer Stromproduzenten nicht zu Marktpreisen, sondern zu den derzeit niedrigeren Schweizer «Gestehungskosten» Strom an die Einheimischen verkaufen müssten. Das ist etwa so, als wollte man Lindt bei einer starken Nachfrage für Schokolade dazu verpflichten, seine Tafeln zu «Gestehungskosten» an Migros und Coop abzusetzen. Natürlich ist das absurd. Lindt wird bei steigenden Preisen vielmehr seine Produktion ausbauen, so dass der Markt wieder ins Gleichgewicht kommt. Das ist beim Strom eigentlich nicht anders. Wenn es in diesem Sektor länger dauert, liegt das oft an den byzantinischen Bewilligungsverfahren, die nun immerhin etwas vereinfacht werden sollen.

Freiheit statt Stromgeneral

Auch in der Rhetorik entfernt man sich immer mehr vom Markt. Die SVP verlangt sogar nach einem Stromgeneral. Gewiss, man muss zunächst die gegenwärtige Krise überstehen. Doch es sieht nicht danach aus, als stehe nachher wieder die Eigenverantwortung der Menschen vor dem staatlichen Handeln, um auf das Eingangszitat zurückzukommen. Man sucht das Heil vielmehr in der alten Monopolwelt. Dazu passt, dass die Gebirgskantone Tessin, Graubünden und Wallis nach Ablauf der Konzessionen zahlreiche Wasserkraftwerke in Eigenregie betreiben wollen.

Eigentlich ist man in der Schweiz gegenüber dem Staat als Unternehmer skeptisch eingestellt. Doch im Strombereich wird eine «Wiederannäherung der Politik» angestrebt, wie es jüngst im Zürcher Kantonsrat bei einer Debatte zum Stromkonzern Axpo hiess. Vergessen ist, dass staatliche Konzerne träge und intransparent sind. Dabei sind gerade im Energiesektor Innovationen dringend nötig. Und wo entstehen diese besser als im Wettbewerb? Deshalb braucht es auch Offenheit gegenüber allen Technologien, auch der Kernkraft, die ausserhalb der deutschsprachigen Länder gerade ein Comeback feiert.

Wer für den Liberalismus nicht nur in Sonntagsreden einstehen will, sollte der immer stärkeren Politisierung des Strommarktes jedenfalls entgegentreten. Aber auch wer will, dass die Erneuerbaren Erfolg haben, muss die Starrheit der Schweizer Stromlandschaft aufbrechen wollen. Das darf man auch von einer neuen Bundesrätin, einem neuen Bundesrat an der Spitze des Energiedepartements erwarten. Wir brauchen keinen Stromgeneral, sondern Freiheit für Konsumenten und Freiraum für die Stromfirmen: Dann könnte der Dreiklang aus Liberté – Électricité – Sécurité gelingen.